Nr. 12 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 6

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60.— M., monatl. 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 54.— M., für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 7. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Europäische Aufbaukonferenz in Italien.

Cannes, 7. Januar. (Havas.) Auf der gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung der Konferenz wurde beschlossen, daß die Wirtschafts- und Finanzkonferenz in Italien abgehalten werden soll. Die Vereinigten Staaten werden zur Teilnahme eingeladen werden.

New York, 7. Januar. (WTB.-Funkspruch.) Nach einer Meldung aus Washington geht die Ansicht in amtlichen amerikanischen Kreisen dahin, daß die Vereinigten Staaten auf der für März genannten Wirtschaftskonferenz in Genua eher durch vollbeglaubigte Delegierte als durch inoffizielle Beobachter vertreten sein sollten.

Lloyd Georges Programmrede.

Paris, 6. Januar. (WTB.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Cannes meldet: Ministerpräsident Lloyd George schlug in der Rede, mit der er die Konferenz eröffnete, die Bildung zweier Ausschüsse vor, von denen der eine sich mit den Reparationen, der andere mit der Frage des Wiederaufbaus Europas beschäftigen soll.

Lloyd George

führte in seiner Rede aus: Diese Konferenz ist wahrscheinlich die wichtigste aller derer, die sich seit dem Waffenstillstand versammelt haben, denn ihre Beschlüsse werden von weittragender Bedeutung sein. Das Schicksal Europas hängt von der Zusammenarbeit der alliierten Mächte ab. Sie müssen die schwere Verantwortung auf sich nehmen, die sich aus dem Zustand der wirtschaftlichen Zerrüttung ergibt, unter der weite Gebiete gegenwärtig daniederliegen. Manche Leute behaupten, es sei nicht möglich, die Aufgabe in Angriff zu nehmen, ohne die Vereinigten Staaten zu verletzen. Diese Gefahr ist nicht vorhanden, wenn die Konferenz entschlossen ist, an den Bestimmungen des Vertrags nichts zu ändern. Die Eintracht der Alliierten bleibt für den Frieden unentbehrlich. Um sie zu verwirklichen, ist es nötig, daß die Mächte bereit sind, gegenseitig Opfer zu bringen und daß sie anerkennen, daß eine jede von ihnen alle möglichen Opfer gebracht hat. Man darf aus der Tatsache, daß

das englische Budget

im Gleichgewicht ist, nicht schließen, daß England keine Lasten zu tragen hat. Gerade durch die beträchtliche Höhe der Besteuerung ist dieses Gleichgewicht hergestellt; z. B. sieht das englische Budget allein für Pensionen eine Ausgabe von 10 Millionen Pfund Sterling vor. Es ist eine undankbare Aufgabe, seinen Alliierten Mäßigung zu predigen, wenn es sich um Deutschland aufzuerlegende Bedingungen handelt. Wer diese Rolle spielt, der wird angeklagt, daß er seine Alliierten Deutschland opfere. In Wirklichkeit ist es notwendig, die Dinge so anzusehen, wie sie sind: **Deutschland muß bezahlen bis zum Höchstgrade seiner Leistungsfähigkeit;** das erfordert die Gerechtigkeit. Es ist in allen zivilisierten Ländern ausgemacht, daß der, der einen Schaden angerichtet hat, ihn wieder gutmachen muß. Aber wenn das Urteil gesprochen ist, so muß man prüfen,

in welchem Maße es ausgeführt werden soll.

Wenn der Vertreter Großbritanniens dafür eintritt, daß Deutschland nicht zum Hungertod getrieben werden soll, so treibt er keine deutschfreundliche Politik. England hat kein Interesse daran, Deutschland zu schonen. Wenn Deutschland ruiniert würde, würde England das erste Land sein, welches Vorteil daraus ziehen würde. Wenn England dagegen Mäßigung zeigt, so geschieht das, weil das den allgemeineren und großzügigeren Interessen der Welt entspricht. Es muß vermieden werden, Deutschland in das Chaos zu stürzen, in dem Rußland gegenwärtig danieder liegt. Wenn die sozialen Verhältnisse in Deutschland zerrüttet werden, so wird es sich infolge seiner Fähigkeiten und infolge des Temperaments seiner Einwohner als etwas viel Gefährlicheres erheben, als Rußland für seine Nachbarn ist.

Diese Erwägung habe die britische Regierung trotz der Proteste, die sich in Europa und England erhoben haben, dazu gebracht,

zur Vorsicht und Mäßigung zu raten.

Es sei klar, daß in der Reparationsfrage die Leistungsfähigkeit Deutschlands im Wert seines Außenhandels zum Ausdruck komme. Die Alliierten seien erstaunt darüber, daß Deutschland trotz seines fortgeschrittenen Industriesystems und trotz der Produktivität seiner Fabriken soviel Schwierigkeiten habe, seinen Verpflichtungen zu entsprechen. Tatsächlich sei die Lage so, daß die Deutschland benachbarten Länder, mit denen der deutsche Handel die lebhaftesten Beziehungen unterhält, auf industriellem Gebiete zusammengebrochen und von der Handelskarte Europas gestrichen sind. England habe sehr große Handelsbeziehungen mit Polen, Rußland, Oesterreich usw. gehabt. Aus diesem Austauschverkehr ergebe sich die internationale Wohlfahrt der Welt.

Unter den gegenwärtigen Umständen leide England unter einem sehr ernsten Uebel. **Die Arbeitslosigkeit und die den Beschäftigungslosen gewährte Hilfe belaste Großbritannien schwerer, als die den Verstümmelten und ehemaligen Kriegsteilnehmern gewährten Pensionen.** Belgien leide an einem ähnlichen Uebel. Dort unterhalte man im gegenwärtigen Augenblick 120 000 Arbeitslose, ebenso in Italien. Wenn die Lage in Frankreich etwas anders sei, so liege das daran, daß die ländliche Bevölkerung besonders stark sei, sowie daran, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine genügend große Aufgabe bilde, um die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß

die allgemeine Gesundheit der Welt wanke

und daß man sich bemühen müsse, sie wieder herzustellen. Wenn diese Aufgabe nicht von den Alliierten unternommen werden würde, wer solle sie dann unternehmen? Sicher könne die Republik des Westens besser zur wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt beitragen als irgend ein anderes Land, aber es sei nicht angebracht, der Stellungnahme der Vereinigten Staaten vorzugreifen. Es sei von Bedeutung, daß die siegreichen Mächte des großen Krieges den Mut ihrer Verantwortung auf sich nähmen. Wenn sie es nicht taten, werde die Geschichte sie durch die Stimme ihrer Völker verurteilen. Gegenüber dem Bolschewismus bestehe ein Vorurteil. Man fürchte die Wirkung der Propaganda, die sich auf britischem Gebiete bis nach Indien mit großem Erfolge ausgebreitet habe. Aber wenn auch die Bolschewistenpropaganda gewisse Gefahren mit sich bringe, so würde ein Mißerfolg der beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt zu einer Katastrophe führen. Man müsse sich entschließen.

Lloyd George kam hierauf kurz auf die Klagen der Armenier wegen der Massakres in Kleinasien zu sprechen und sagte, diese Tatsache habe gewisse Regierungen nicht verhindert, Abkommen mit dem Volke zu schließen, welches für diese Gemetzel verantwortlich sei.

Es sei unmöglich, die Russen zurückzuweisen

unter dem Vorwande, daß ihre Hände mit dem Blut Unschuldiger befleckt seien, und die Türken aufzunehmen, denen ähnliche Missetaten vorgeworfen werden. Um die Welt wiederherzustellen, gebe es nur ein wirksames Mittel, das sei der Friede. Lloyd George erklärte, er schlage die Einberufung einer Konferenz vor, auf der alle europäischen Länder vertreten sein würden, deren Aufgabe es sein würde, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas zu fördern. Wenn Rußland eingeladen werde, so müsse ihm deutlich gesagt werden, daß man mit ihm nur verhandeln werde, wenn es bereit sei, die Grundsätze zu beachten, die bei den zivilisierten Nationen maßgebend seien, seine Schulden zu bezahlen und angerichtete Schäden wieder gut zu machen, die beschlagnahmten Güter wieder herauszugeben, gesetzliche Bestimmungen betreffend die Verträge zu treffen und von jeder Propaganda abzusehen, die darauf hinzielen könnte, die Einrichtungen eines anderen Landes zu stören, und endlich, seine Nachbarn nicht anzugreifen. Hierauf verlas Lloyd George den Wortlaut eines Resolutionsentwurfes.

Die „Diskussion".

Hierauf ergriff der Vertreter Italiens das Wort.

Bonomi

erklärte, er sei für den Vorschlag der Einberufung einer Wirtschaftskonferenz. Die Mächte Mittel- und Osteuropas dürften nicht länger auf wirtschaftlichem Gebiete getrennt von der übrigen Welt bleiben. Rußland gegenüber habe Italien keinerlei Bedenken gegen die Anerkennung seiner gegenwärtigen Regierung.

Nach Bonomi ergriff der belgische Ministerpräsident

Theunis

das Wort und sagte, Belgien stimme der von Lloyd George vorgeschlagenen Resolution zu, wünsche aber, daß die einzelnen Bestimmungen sorgfältig geprüft würden. Belgien sei an der Wiederherstellung Europas ebenso oder noch mehr wie jede andere Nation interessiert. Die Dichtigkeit seiner Bevölkerung sei viermal so groß, wie die Frankreichs. Deshalb müsse Belgien Lebensmittel und andere Waren aus dem Auslande einführen. Die finanzielle Lage Belgiens werde sich erst an dem Tage bessern, an dem der Stand der Wechselkurse in ganz Europa wieder normal geworden sei.

Der japanische Delegierte

Graf Ishii

sagte, er nehme davon Abstand, eine Ansicht über die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz auszusprechen, an der nur die europäischen Mächte teilnehmen sollen. Indessen werde er später einige Bemerkungen bezüglich der Anerkennung der Sowjetregierung machen.

Als letzter ergriff Ministerpräsident

Briand

nochmals das Wort und erklärte, er wolle im Augenblick nicht auf das eingehen, was von den Vorrednern über die Reparationsfrage gesagt worden sei. Wenn der Sonderausschuß und die Sachverständigen ihre Berichte fertiggestellt und eine zweckmäßige Besprechung möglich gemacht haben würden, werde er die allgemeine Auffassung der französischen Delegation zum Ausdruck bringen. Jetzt werde er sich darauf beschränken, die Frage der internationalen Wirtschaftskonferenz zu prüfen. Er stimme grundsätzlich vollkommen dem Vorschlage des englischen Premierministers unter dem Vorbehalte zu, daß die Einzelheiten einer näheren Prüfung unterzogen werden. In dieser Angelegenheit, sagte Briand, sind wir der Meinung, daß man sich

nicht von sentimentalen Erwägungen

leiten lassen soll. Die ernsten Interessen der Gegenwart dürften nicht einem Vorurteil geopfert werden. In dem Augenblick, wo Lloyd George seine Ansichten über diese Frage entwickelt habe, habe er das Gefühl gehabt, daß ein riesiger Stein in seinen Garten gefallen sei, der aber kein Beet zerstört habe. Indem wir die Idee eines so ausgedehnten Unternehmens wie die Wiederherstellung Europas auf uns nehmen, so führte Briand aus, nehmen wir eine schwere Verantwortung auf uns, und erwecken wir in den Völkern Hoffnungen, die nicht ohne Gefahr enttäuscht werden dürfen. Wir müssen Erfolg haben und zu diesem Zweck müssen wir alle Dispositionen und alle wünschenswerten Vorsichtsmaßregeln treffen. Deshalb muß die Fühlungnahme mit Rußland von Garantien begleitet sein, die bereits einer meiner Vorredner gefordert hat. Im anderen Falle würden wir Gefahr laufen, zum Narren gehalten zu werden. Briand erklärte, er müsse bestätigen, daß die von Lloyd George vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet seien, Frankreich zu befriedigen. Er wünsche lediglich, daß sie heute nachmittag im [illegible] geprüft, bezüglich gewisser Punkte verbessert und nach erfolgter Diskussion ergänzt würden. Unter diesem Vorbehalt stimme die französische Delegation dem Vorschlage des britischen Premierministers zu.

Nach der Rede Briands wurde die Debatte geschlossen. Der Vorschlag Lloyd Georges wurde im Grundsatz angenommen. Entsprechend den von Briand ausgesprochenen Wünschen wurde die Prüfung der Modalitäten und Garantien auf die Nachmittagssitzung verschoben.

Der Aufbauplan.

Cannes, 6. Januar. (Havas.) In seiner am heutigen Nachmittag abgehaltenen Sitzung hat der Ausschuß der Konferenz folgende Resolution angenommen:

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind einstimmig der Ansicht, daß eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz Anfang März einberufen werden soll, zu der **alle europäischen Mächte** eingeladen werden sollen. Sie sind der Ansicht, daß eine derartige Konferenz einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas bilde. Sie sind ferner der Ansicht, daß **die Premierminister einer jeden Nation, womöglich in Person,** dieser Konferenz beiwohnen sollen, damit den Anempfehlungen durch letztere so schnell wie möglich die Tat folgen kann. Die alliierten Mächte sind der Meinung, daß die Wiederaufnahme des internationalen Handels in ganz Europa sowie die Entwicklung der Hilfsquellen aller Mächte notwendig sei, um die Menge der im Wirtschaftsleben Tätigen zu vergrößern und die Leiden, denen die Bevölkerung Europas ausgesetzt ist, zu vermindern. Eine gemeinsame Anstrengung der Kräfte ist notwendig, um den europäischen Wirtschaftsideen die jetzt gelähmte Lebenskraft wiederzugeben. Diese Anstrengungen müssen die Beseitigung aller Hindernisse zum Gegenstand haben, die den Handel hemmen. Sie müssen auch auf die Bewilligung von ausgedehnten Krediten an die schwächsten Länder ausgedehnt werden, ebenso auf die Zusammenarbeit aller zur Wiederherstellung des normalen Produktionslebens. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß

die unentbehrlichen Grundbedingungen

in ihren großen Linien folgende sind:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig die Grundsätze aufzuerlegen, nach denen sie die Fragen des Besitzes, die Wirtschaftsregeln und die Regeln im Innern ihres Landes bestimmen wollen. Es ist jedem Lande das System zu lassen, das es in dieser Beziehung bevorzugt.

2. Auf jeden Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die auswärtigen Eigentümer dieses Kapitals die Gewähr haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geachtet werden und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert ist.

3. Jedes Gefühl der Sicherheit kann wiederhergestellt werden, wenn die Nationen (oder die Regierungen der Nationen), die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, freiwillig folgende **Verpflichtungen** auf sich nehmen:

a) **alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen,** die von den Staaten, den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind und die Verpflichtung anzuerkennen, ausländische Interessenten für die Verluste und Schäden, die ihnen aus der Tatsache der Konfiszierung ihres Eigentums erwachsen sind, zu entschädigen oder ihnen das Eigentum wieder zuzustellen;

b) **ein gesetzliches und juristisches System** einzurichten, durch das die unparteiische Ausführung aller Handels- und sonstiger Verträge sichergestellt wird.

4. Die Nationen müssen über bequeme Austauschmittel verfügen, allgemein gesprochen müssen bezüglich des Finanz- und Geldwesens Bedingungen bestehen, die dem Handel genügend Sicherheit bieten.

5. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda Abstand zu nehmen, die die Ordnung und das politische System eines anderen Landes benachteiligt.

6. Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung auf sich nehmen, **von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen.**

Wenn zu diesem Zwecke die für die Entwicklung des Handels mit **Rußland** notwendigen Bedingungen gesichert sind und die russische Regierung ihre **offizielle Anerkennung** fordert, so können die alliierten Mächte diese Anerkennung nur aussprechen, wenn die **russische Regierung die vorgenannten Verpflichtungen annimmt.**

Die Steuerforderungen der Gewerkschaften.

Auf Veranlassung der Gewerkschaften fand am Freitag im Reichstag zwischen den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und der beiden sozialdemokratischen Parteien eine erneute Besprechung über die Steuerfrage statt. Die Gewerkschaftsvertreter ließen sich über den Stand der parlamentarischen Verhandlungen und die gesamten Steuerfragen informieren und brachten eine starke Unzufriedenheit über die Tatenlosigkeit der Regierung hinsichtlich der Heranziehung des Besitzes zu den Steuerlasten zum Ausdruck. Die beiden sozialdemokratischen Parteien sind nach wie vor einig in dem Willen, sich für die im November veröffentlichten Steuerforderungen der Gewerkschaften mit ganzer Kraft einzusetzen.

Der Rückgang der KPD.

Die Opposition in der KPD. (Braß, Friesland, Malzahn usw.) veröffentlicht einen zweiten Aufruf, den die „Rote Fahne" diesmal abdruckt, um ihn im redaktionellen Nachsatz als „dummes und plumpes Machwerk" zu beschimpfen, ohne jedoch auch nur einen einzigen Satz sachlich zu widerlegen. Aus dem Aufruf der Opposition hat folgender Satz Interesse:

„Es ist kein Zufall, daß von den **400 000 Mitgliedern der USPD.**, die sich in Halle zur Dritten Internationale bekannten, daß von den 500 000 Mitgliedern auf dem Vereinigungsparteitag der VKPD. im März 1921 nur noch **300 000 vorhanden waren und heute nur noch 180 000 bis 200 000 Mitglieder vorhanden sind.**"

Nun weiß man, warum die „Rote Fahne" so einen großen Spektakel macht, wenn in einem hinterpommerschen Dorf einmal zwölf Mitglieder geworben oder für hundert Mark Broschüren verkauft werden.

Kommunistenprozeß in Leipzig.

Vor dem zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann nach Meldung der TU. am Freitag ein neuer Kommunistenprozeß. Es handelt sich um den Plan, die Hochbrücke über den Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Rendsburg zu sprengen, der im März 1920 während des Aufruhrs in Mitteldeutschland gefaßt worden war, wodurch der Zuzug von Reichswehrtruppen nach Mitteldeutschland, insbesondere durch die Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs über den Nordostseekanal, verhindert werden sollte. Es sind insgesamt acht Personen, darunter sieben Holsteiner, von denen sechs sich in Untersuchungshaft befinden, angeklagt. Der Eröffnungsbeschluß legt den Angeklagten Hochverrat in Tateinheit mit Sprengstoffverbrechen und Eisenbahntransportgefährdung zur Last. Die Verhandlungen werden voraussichtlich nur zwei Tage in Anspruch nehmen.

Hergt und seine Leute.

Deutschmonarchistische Mordhetze.

Hamburg, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Hamburg scheint die nationalistische Agitation wieder einmal auf einen Höhepunkt zuzusteuern. Die Deutschnationalen hatten sich gestern abend zu einer Versammlung ihren Vorsitzenden Hergt kommen lassen. Er hielt eine unglaubliche Brandrede gegen die Regierung, die allein Schuld daran sei, daß Deutschland in einer so verzweifelten Lage ist. Die heutigen Minister, die an dem Platz eines Bismarck stehen, aber nicht fähig seien, dessen Schuhriemen aufzulösen, sollten wenigstens etwas mehr Energie zeigen. Dem Publikum würde von der Regierung nach wie vor blauer Dunst vorgemacht. Um die erste Milliarde zu bezahlen, habe man die Lebensmittelgelder in Anspruch genommen. Die Regierung sei an der Teuerung schuld.

In Hamburg ist ein neues deutschnationales Zeitungsorgan erschienen. Es heißt „Reichsflagge". In der ersten Nummer, die am 6. Januar erschien, wendet sich der Herausgeber in einer geradezu unverschämten Weise gegen die Reichsregierung und den Reichskanzler. Er schreibt unter anderem: „Welche Art von Geisteskrankheit, Verrücktheit oder geistiger Verfall hat denn nun eigentlich die Gewaltigen des Landes befallen, insbesondere Herrn Reichskanzler Wirth? Ein solcher Mann dürfte nicht 12 Stunden länger Kanzler sein. Er soll sich endlich davonmachen, dieser Unglückselige. Jetzt muß ja diese Ministergesellschaft überhaupt springen. Nach dem 15. Januar gibt es keinen dieser Leute mehr am Ruder." An anderer Stelle schreibt er: „Gott erhalte Ebert, Wirth und Scheidemann, Erzberger hat er schon erhalten!"

Kaum ist die Verordnung des Reichspräsidenten verschwunden, so wagt sich auch die deutschnationale Mordhetze wieder unverhüllt hervor!

Preußen und Groß-Hamburg.

In einigen Tagen wird eine Denkschrift des preußischen Handelsministeriums über das Verhältnis der preußischen Staatsregierung zu den Groß-Hamburgischen Bestrebungen erscheinen.

Es handelt sich um die Frage einer zweckmäßigen Organisierung der gewaltigen Wirtschafts-, Kraft- und Siedlungsgebiete an der unteren Elbe. Schon 1915 hat der hamburgische Senat bei der preußischen Staatsregierung Landabtretungen zum Zweck der Hafenerweiterung beantragt. Preußen hat damals die Bereitwilligkeit erklärt, all das abzutreten, was für die wirtschaftlich notwendige Erweiterung des Hamburger Hafens im deutschen Gesamtinteresse gebraucht wird und darüber mit der hamburgischen Regierung in freundnachbarliche Verhandlungen einzutreten. Im Jahre 1919 aber hat die vorläufige Regierung in Hamburg, gestützt auf den Zentralarbeiterrat für das gesamte Gebiet der Unterelbe, viel weitergehende Forderungen erhoben und ist sogar soweit gegangen, daß der ganze Uferstreifen rechts und links der Unterelbe

von Bergedorf bis ans Meer

mit Groß-Hamburg vereinigt werden sollte. Gegenwärtig fordert Hamburg eine Vergrößerung seines Staatsgebietes von 414 auf 1200 Quadratkilometer, also um 183 Proz., und seiner Einwohnerzahl von 1,05 auf 1,5 Millionen, also um 33⅓ Proz. Das Bestehen starker Schwierigkeiten auf der Unterelbe, die zum Teil mit der staatlichen Grenzführung zusammenhängen, ist ganz unbestreitbar und eine Aenderung durchaus notwendig. Hamburg fordert weiter Industriegelände an seeschifftiefem Wasser, Siedlungsgelände an vier verschiedenen, jetzt preußischen Stellen und Verwaltungseinheit für das ganze Wirtschaftsgebiet in bezug auf Polizei, Wohlfahrt, Schule, Armenwesen, Verkehr, öffentliche Werke, Be- und Entwässerung usw. Die Verhandlungen werden beweisen, daß Preußen sich in der Berücksichtigung der Reichsinteressen von Hamburg nie übertreffen lassen wird. Preußen ist entschlossen, im deutschen Gesamtinteresse auch Gebietsveränderungen zu bewilligen, selbstverständlich auf dem Wege des Vertrags, wobei auch die Gegenleistungen geregelt werden müssen. Das Reichsinteresse gebietet ganz allgemein, den Gedanken des Unitarismus nicht verkümmern zu lassen und den Wiederaufbau des politisch mächtigsten Staates im Reiche nicht zu vernachlässigen.

Die Frage des deutschen Einheitsstaates

wird nicht in Hamburg und nicht in Berlin gelöst, auch nicht in München und Stuttgart, sondern in Paris, London, Prag und Warschau. Diese Erwägungen zwingen besonders dazu, das kräftigste deutsche Staatsgebilde nicht unnütz zu schwächen.

Um die jetzigen Zustände zu verbessern, ist es vor allem nötig, die Frage aus der leidenschaftlichen politischen Erörterung herauszuheben und Festlegungen zu vermeiden. Eine Heranziehung zum kommunalen Lastenausgleich mit den nicht hamburgischen Vorortgemeinden, etwa nach § 53 des preußischen Kommunalabgabengesetzes, hat Hamburg begreiflicherweise abgelehnt, sie muß aber auf dem Wege des Vertrages versucht und betrieben werden. Eine rationelle Vereinheitlichung ist auch ohne Veränderung der Landesgrenzen möglich, Vertragsentwürfe dafür sind vorgelegt oder in Vorbereitung. Preußen wird es bei den Verhandlungen an Großzügigkeit in keiner Weise fehlen lassen. Das neu errichtete Staatskommissariat soll nicht nur die Verhandlungen mit Hamburg führen, sondern Maßnahmen finden und in das Verwaltungsrecht umsetzen, die die Lage der preußischen Gemeinden des Unterelbegebietes verbessern.

Der adlige Protokollführer.

Bei der Besprechung des Vorfalles, daß Amtsgerichtsrat Westphal in Potsdam bei einer gerichtlichen Vernehmung der ehemaligen Prinzessin Eitel Friedrich an Stelle des protokollführenden Kanzleiassistenten einen adligen Referendar, nämlich den Grafen von der Groeben, das Protokoll hat führen lassen, wurde in einigen Blättern behauptet, der preußische Justizminister Dr. am Zehnhoff habe dies Verfahren gebilligt.

Diese Behauptung ist, wie den PPN. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, unrichtig. Der preußische Justizminister hat im Falle Westphal bisher keinerlei Entscheidung getroffen. Dagegen ist das Verfahren des Amtsgerichtsrats Westphal von seinem unmittelbaren Dienstvorgesetzten, dem Landgerichtspräsidenten in Potsdam, im Wege der Dienstaufsicht aufs ernstlichste mißbilligt worden. Die hiergegen von dem Amtsgerichtsrat Westphal eingelegte Beschwerde ist vom Kammergerichtspräsidenten am 4. Januar d. J. als unbegründet zurückgewiesen worden, nachdem der weitere Antrag des Amtsgerichtsrats Westphal, gegen ihn wegen der Anordnung des Landgerichtspräsidenten das Disziplinarverfahren einzuleiten, vom zuständigen Disziplinargericht als gesetzlich nicht zulässig abgelehnt worden war.

Preußische Justizreform.

Wie die PPN. hören, fand am Donnerstag im preußischen Justizministerium eine Besprechung mit sämtlichen Oberlandesgerichtspräsidenten Preußens statt, bei der u. a. Fragen der Justizreform den Gegenstand der Erörterung bildeten.

Ein neues Seerecht.

Die Abrüstungskonferenz in Washington hat in letzter Zeit schwere Krisen durchgemacht. Es hat den Anschein, daß man sich über die chinesische Frage und die Frage der kleineren Flotteneinheiten einschließlich der Unterseeboote nicht verständigen wird. Die Verständigung über den zweiten Punkt scheiterte an dem Widerstand Frankreichs. Es ist nicht zu verkennen, daß das Verhältnis zwischen England und Frankreich dadurch einen heftigen Stoß erlitten hat, dessen weitere Auswirkungen von dem Ergebnis direkter Verhandlungen zwischen den beiden Großmächten abhängen wird. Auch die Vereinigten Staaten haben sich sichtlich von Frankreich zurückgezogen. Einen wie hohen Grad die Mißstimmung auch hier erreicht hat, ging aus der Erregung hervor, die ein Gerücht über französisch-japanische Geheimübereinkünfte in Sibirien hervorrief. Das Gerücht ist inzwischen offiziell dementiert worden, das Unbehagen geblieben.

Um nicht mit leeren Händen auseinanderzugehen, hat man sich in Washington über die Verwendung der Unterseeboote im Kriegsfall geeinigt. Das Abkommen umschreibt zunächst das Verfahren, nach dem Handelsschiffe nach vorhergehender Untersuchung beschlagnahmt werden dürfen und gestattet einen Angriff nur bei einer Weigerung, die Untersuchung durchführen zu lassen oder nach gegebenen Vorschriften zu fahren. Eine Vernichtung des Fahrzeuges ist verboten, wenn nicht zuvor Besatzung und Passagiere in Sicherheit gebracht worden sind. Die Unterseeboote sind von diesen Vorschriften nicht entbunden und müssen auf jede Maßnahme verzichten, wenn die Umstände ein völkerrechtliches Vorgehen unmöglich machen. Da dies aber in der Regel der Fall sei, so folgert das Abkommen weiter, so sei es eine allgemeine Forderung der Menschenrechte, die Verwendung der Unterseeboote als Zerstörer des Handels generell zu verbieten. Die in dem Vertrag unterzeichneten Mächte erklären infolgedessen, daß sie „dieses Verbot" untereinander als bindend betrachten, wobei es allerdings nicht ganz einwandfrei feststeht, ob sich das Verbot auf die zuletzt erwähnte Verwendung der Unterseeboote überhaupt oder auf die in drei Punkten festgelegten Einschränkungen bezieht. Gewiß wäre es gut, wenn auch die anderen Völker, wie es das Abkommen anregt, sich den Vereinbarungen anschlössen, indes wäre eine Beschränkung der Waffe selbst die größere Sicherheit gewesen. Aber es verhält sich mit den U-Booten wie mit den Giftgasen, man ist entsetzt über ihre Wirkungen, nennt ihre Verwendung barbarisch und — pflegt sie sorgsamst weiter.

Eine Kulturtat.

Vor kurzem wurde in diesen Spalten gezeigt, wie Europa kolonisiert. Ein Gegenstück dazu ist der englisch-chinesische Konflikt der Jahre 1840 bis 1842.

Die englische Ostindische Kolonie führte seit 1773 Opium nach China ein und machte dabei Riesengeschäfte. Der chinesische Kaiser Tao-kuang, der natürlich von europäischer Kultur keine Ahnung hatte, fand aber, daß dieser Opiumhandel für die Volksgesundheit verderblich sei und außerdem eine Unmasse Geld unnötig aus dem Land führte, und verbot daher kurzerhand zunächst den Gebrauch und dann den Handel mit Opium. Damit erreichte er, daß sich ein ausgedehnter Schmuggel entwickelte und eine ungeahnte Blüte erlebte. Im Jahre 1839 riß der chinesischen Regierung endlich die Geduld. Sie konfiszierte auf den eingelaufenen englischen Handelsschiffen 20 000 Kisten Opium und vernichtete das Gift. Da sie kulturlos genug war, die Entschädigungsforderungen der britischen Kaufleute abzulehnen, kam es zu Feindseligkeiten, und schließlich wies die Regierung alle Engländer aus dem Lande.

Das war ein Schlag auf die heiligsten Güter der Nation.

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht
Ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre."

England erklärte also an China den Krieg. Begeisterung war schnell entfacht, und Tausende von Menschen starben den Heldentod fürs Vaterland. Der Schlachtengott segnete die englischen Waffen und führte die Truppen von Sieg zu Sieg. Am 29. August 1842 unterwarfen sich die Chinesen im Frieden zu Nanking. Sie mußten 6 Millionen Dollar Entschädigung zahlen, den Engländern die Insel Hong-kong abtreten und fünf Häfen dem freien Handel öffnen.

Wie nicht anders zu erwarten war, hatte die gerechte Sache gesiegt. Die Europäer hatten sich das Recht erkämpft, ein großes Volk mit einem verderblichen Gift zu versorgen. Die Opiumproduktion in Indien betrug 1873 in einem Jahre 6 358 500 Kilogramm, wovon nicht weniger als 6 144 100 Kilogramm nach China exportiert wurden.

Unsere Kultur hatte sich Eingang in China verschafft.

Iltis.

„Anatol" in den Kammerspielen. Die zarte Halbweltchronik, die Arthur Schnitzler zur Unsterblichkeit des Wiener süßen Mädels und des artigen Lebemannes Anatol geschrieben hat, wird jetzt in den Kammerspielen aufgeführt. Es ist immer das gleiche, mit feinster Hand gestreifte Problem von der Liebelei. Es ist auch immer der gleiche melancholische Reigen der Liebeleien, weil es sich stets um den gleichen Liebesschüler, den jungen Herrn Anatol, handelt. Er geht zwar am Schlusse des letzten losen Stückleins zur richtigen Hochzeit, aber er tut es in äußerster Ungläubigkeit vor der Bannkraft dieser Bindung. Man überschätze diese lieben Sächelchen nicht, wenn man sich davon Rechenschaft ablegt, daß nur ein ganz sublimer Künstler so leicht über diese heiklen Dinge hingleiten kann. Aber man setze diese Kunst der wirklich holden Frivolität nicht durch bissiges Moralisieren herab. Gewiß, die Moral ist dünn, das süße Mädel mutet heute schon etwas großmütterlich an. Herr Anatol gar verdient eigentlich, daß man ihn in einen Narrenkäfig einsperrt und vier Wochen auf Wasser und Brot setzt; aber Schnitzler ist doch der erste, der diese morbiden Geschöpflein erschuf. Die Nachahmer haben verdorben und vergröbert, was er aufs fröhlichste und vornehmste ziselierte.

Herr Edthofer spielt mit einer etwas zu hoch schnarrenden Ueberlegenheit und nicht sehr verträumt den Anatol. Ueberhaupt huldigt der Regisseur zu Unrecht dem Schwanktempo. Es müßte leiser hergehen, wiegender, walzermäßiger. Wienerisch in diesem Sinn bleibt vollkommen nur Herr Thimig. Erika von Thellmann, Margarete von Bukovics, Fräulein Christians und Stella Arbenina beleuchten mit ihrem Talent das unwandelbare, trotzdem ewig verwandelte Bildchen des süßen Mädels. Und Lina Lossen steht einige Minuten auf der Bühne als die bürgerlich feste Frau, die ihr eigenes gewichtiges Herz gegen das flottere Herzchen all der flatterigen Nebenbuhlerinnen verteidigt.

M. H.

„Die Mütter" im Kleinen Schauspielhaus. Käthe Dorsch erfüllt eine literarische Mission. Dieses lebendige Menschenkind, das sich mit ihrem ganzen Wesen gegen alles, was Stil und Stilisierung heißt, stemmt, zwingt die Berliner Bühnen, auf Dramen einer Epoche zurückzugreifen, die eine ganze Generation belächeln zu können glaubte. Georg Hirschfelds Schauspiel „Die Mütter" ist fünfundzwanzig Jahre alt. Wenn das Drama auch ein wenig konturlos ist, so leben in ihm doch Menschen, die man nicht wieder vergißt. Die „naturalistische Weitschweifigkeit", die man den „Müttern" oft vorgeworfen hat, stört uns heute gar nicht. Im Gegenteil: Diese Art, Menschliches zu nüancieren und zu stufen, ist eine wahre Erlösung. Hier ist ein Stückchen, ein Eckchen Leben, zu dem man ergriffen in seinem eigenen Innern das Gleichnis sucht. Wieder einmal hänat hier ein Mann oder ein werdender Mann zwischen Weib und Werk — diese Vollererin Marie Weil ist beinahe eine Photographie der Näherin Elise Lensing, die mit Hebbel durchmachte, was diese Marie mit ihrem Robert Frey erleben muß —, wieder einmal verzichtet ein Weib auf den Mann um des Werkes willen und geht aus einem Lebenskreise hinaus, — mit dem verschwiegenen Geheimnis ihrer Mutterschaft.

Käthe Dorsch ist diese Marie Weil. Man kann nur eines sagen: daß man nach diesem Erlebnis nichts zu sagen vermag, weil Worte und Textstellungen die Tiefe und Größe des Erlebnisses nur zerstören würden. Wer einen Menschen sieben, leiden und verzichten sehen will, der gehe hin. Und der, dem über den Gehalt hinaus auch das Artistische zum Erlebnis zu werden vermag, wird mit Freude konstatieren, daß hier Sein und Können in einer Weise sich ausbalancieren, die man genial nennen muß. Neben ihr als Robert Frey Karl Ludwig Achaz. Er hat noch nicht die nachtwandlerische Sicherheit der Dorsch für das Echte. Aber er ist auf dem Wege. Die Sprache will oft noch nicht so, wie Geste und Blick wollen, mit denen er sein Stärkstes gibt, wie etwa in der sehr heiklen Situation vor dem Napfkuchen auf Mutters Tisch. Gertrud Eysoldt als Mutter dieses Sohnes fand nicht den richtigen Ton. Manchmal sprach sie sogar Jamben. Nur die Haltung und ein paar überlegen-humorige Gesten überzeugten. Daneben unter Schwannecks zurückhaltender Regie er selbst, Fritz Delius, Nelly Bonda, Else Bäck, Hans Balder und — auffallend — Eva Brock. Der Eindruck war ungewöhnlich stark. Der Dichter konnte sich bereits nach dem zweiten Akt für den Beifall bedanken.

O. E. H.

Spott dem Spötter! Man weiß, mit welch bissigem Hohn Molière die medizinischen Charlatane seinerzeit bedacht hat. Die modernen Aerzte haben aber feurige Kohlen auf das Haupt ihres erbitterten Feindes gesammelt und beschlossen, sich auch ihrerseits an der Feier des bevorstehenden Dreihundertjahrjubiläums zu beteiligen. Nach der „Times" hat ein Pariser Arzt in der französischen Akademie der Medizin diese Ehrung mit folgender merkwürdigen Motivierung begründet: „Gerade, weil Molière die Aerzte seinerzeit so bitter verhöhnt hat, hat er Anspruch auf unsere Dankbarkeit. Wenn er sich so kaustisch über den Gebrauch von Abführmitteln, von Senfpflastern und von Aderlässen lustig machte, so hat er dadurch nicht zum wenigsten dazu beigetragen, die Verbreitung der Arteriesklerose, der Zuckerkrankheit und der Gicht den Boden zu bereiten. Damit aber wurde er der hauptsächlichste Förderer der Prosperität, deren sich heute die Aerzte zu erfreuen haben. Und dafür schulden wir ihm aufrichtigen Dank."

Das ist eine Huldigung, von der sich Molière gewiß nichts hätte träumen lassen.

Kupfer in Französisch-Marokko. Im französischen Marokko hat der amerikanische Bergwerksingenieur Frank Gardner Kupfervorkommen von großer Ausdehnung entdeckt. Die durchschnittliche Mächtigkeit beträgt 1 Fuß, die größte Tiefe der Gänge erstreckt sich bis zu 150 Fuß. Eine Viertelmillion Tonnen des Materials soll ganz oberflächlich gelagert sein. Gardner, der mit mehreren Ingenieuren, die als Eingeborene verkleidet sind, Marokko bereist, meint, die Franzosen könnten mit diesem Kupfer nahezu ihre ganzen Kriegsschulden bezahlen.

Erstaufführungen der Woche. Mittw. Walhallatheater: „Die Mondscheindame". — Frekk. Intimes Theater: „Ein grausiges Experiment". — Neues Volkstheater: „Heuchler". — Staatsoper: „Die Zauberflöte".

In der Urania in der Taubenstraße wird Montag Kurt Kleicher seinen Vortrag „Spanien, Land und Leute" wiederholen. Mittwoch spricht Geheimrat Winkel aus Marburg über die „Eisriesenunterwelt im Tennengebirge bei Salzburg". Das Filmwerk „Am Kampf mit dem Berge" gelangt Sonntag, Donnerstag und Sonnabend abends 8 Uhr und Mittwoch nachm. 4½ Uhr, das Filmwerk „Wunder des Schneeschuhs" Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, und Montag, Dienstag und Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr zur Darstellung.

Schul-Kunstausstellung. Am 8. d. M., 11 Uhr vormittags, eröffnet der Bund für Schul-Kunstausstellungen seine erste diesjährige Veranstaltung in der Kirschner-Oberrealschule, Berlin NW 87, Zwinglistr. 2.

Sprech-Chor Ernst Friedrich. Die Arbeiter-Kunstausstellung hat unter der künstlerischen Leitung von Ernst Friedrich einen Sprech-Chor gebildet, der jeden Dienstag und Freitag abends 7½ Uhr in der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße 16—17, seine Uebungsstunden abhält. Geprobt wird zunächst ein Chorwerk von Ernst Toller. Männer, Frauen und Jugendliche aus dem Leserkreise unserer Zeitung, die gewillt sind mitzumachen, wollen sich in einer der Uebungsstunden melden.

Dollar 184.

Die Ungewißheit über den Ausgang der Konferenz in Cannes lähmt noch immer die Spekulation am Devisenmarkte. Dollarnoten setzten heute mit 190 ein, gingen im weiteren Verlaufe auf etwa 184 zurück und zeigten später wieder etwas festere Tendenz. Amtlich notiert Kabel-New York 185,75, London 780, Amsterdam-Rotterdam 6825. Nach der Festsetzung der amtlichen Kurse machte sich eine Befestigung geltend.

Der Rubelkurs.

Moskau, 4. Januar. (ak.) Ueber den Wert des russischen Rubels geben folgende offizielle Kurse der Reichsbank Auskunft: Ein Dollar = 200 000 Rubel, eine Mark = 1000 Rubel, ein lettischer Rubel = 300 Rubel, ein Goldrubel = 90 000 Papierrubel.

Die Konferenz von Cannes.

Paris, 7. Januar. (WTB.) Der Berichterstatter des „Echo de Paris" meldet aus Cannes, man habe gestern abend angekündigt, daß die belgische Regierung grundsätzlich ihre Zustimmung zu dem französisch-englischen Abkommen vom 22. Dezember über die Reparationen erklärt habe. Sie verlangte, daß die deutschen Zahlungen etwas höher würden, nach einigen Gerüchten bis zu einer Milliarde, und daß der Anteil der anderen Länder herabgesetzt werde. Aber Italien erhebe Einwendungen und verlange, daß der Wert der Staatsgüter in den Gebieten, die annektiert wurden, in Anrechnung kommen solle. Das beziehe sich auf die Kohlengruben des Saargebiets. Was die Kohlen anbetreffe, so werde die Berechnung für die von Deutschland zu leistenden Lieferungen nach dem deutschen Inlandspreis erfolgen.

Cannes, 7. Januar. (EP.) Heute morgen 11 Uhr wird die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands besprochen werden, wenn die Sachverständigen ihre Berichte bis dahin fertiggestellt haben.

Französische Scharfmacher.

Paris, 7. Januar. (WTB.) Der Abg. de Lasteyrie hat seinen Bericht über das Budget der Ausgaben, deren Zurückerstattung Deutschland nach dem Versailler Vertrag zukommt, vollendet. Er gibt diesem Bericht eine allgemeine politische Betrachtung über das Reparationsproblem bei, dessen Inhalt er selbst im „Matin" wiedergibt. Darin sagt er, die öffentliche Meinung in Frankreich sei erregt wegen der Verhandlungen, aus denen niemals für Frankreich etwas anderes als Enttäuschung hervorgehen werde. Er lege sich Rechenschaft davon ab, daß Deutschland nur etwas zu erreichen suche, es wolle Zeit gewinnen, denn niemals habe es aufrichtig die Absicht gehabt, die Reparation zu begleichen. (!) Deutschland sei in keiner Weise ruiniert. Es durchlebe eine Periode industrieller Tätigkeit, um die die meisten anderen Völker es beneiden könnten. Der Sturz der Mark komme keineswegs von den Reparationszahlungen. Er sei die Folge der Finanzpolitik, die Deutschland seit dem Waffenstillstand betrieben habe. Frankreich müsse mit den Alliierten kurz und bündig reden. In Berlin müsse eine Kommission der Dette Publique analog denen eingesetzt werden, die in Aegypten, in der Türkei und in Griechenland bestanden hätten. Damit aber Deutschland diese Kontrolle annehme, müsse man die Besetzung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe von Düsseldorf als Garantien betrachten.

Rückkehr Rathenaus.

Paris, 7. Januar. (WTB.) Dr. Walter Rathenau hat gestern abend die Rückreise nach Berlin angetreten. General Nollet ist heute vormittag nach Berlin abgereist.

Deutsche Bergbauangestellte in Holland.

Der Ortsausschuß des Afa-Bundes in Aachen hat dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende Angelegenheit unterbreitet:

Die Angestellten des Aachener Steinkohlenbergbaues haben im Sommer gestreikt. Der Streik ging nach 3½ Wochen verloren. Von 800 Streikenden flogen 192 aufs Pflaster, worunter fast alle Mitglieder der Betriebs- und Angestelltenräte. Von 47 Mitgliedern der SPD. wurden 42 gemaßregelt. Der Schlichtungsausschuß entschied zwar, daß etwa die Hälfte der Angestellten wieder einzustellen sei, allein sie wurden durch Zahlungen abgefunden, so daß sich im ganzen 112 Mann neue Stellung suchen mußten. Diese Suche blieb erfolglos, da sowohl im Ruhrrevier wie im holländischen Bergbau den Gemaßregelten erklärt wurde, vor dem Frühjahr könnten sie auf Beschäftigung nicht rechnen. Das Gebot der Bergwerksgewaltigen: „Die Ausgesperrten sollen ½ Jahr lang für den Streik büßen", wird offenbar streng befolgt. Auf der Suche nach Beschäftigung fanden 14 Mann solche als Hauer im limburgischen Bergbau, teils auf fiskalischen, teils auf Privatrechten. Hier ging das Kesseltreiben gegen die Angestellten weiter. Die holländische Regierung soll dabei hilfreich Hand leisten. Trotzdem diese Hauer sich einwandfrei führten, wurden Ende November zwei Mann entlassen, die auf einer Staatszeche arbeiteten. Die Betriebsverwaltung hatte ihnen baldige Anstellung als Steiger versprochen und setzte sich für ihr Verbleiben ein. Der Endentscheid der Generaldirektion ging jedoch dahin:

„Es sei erwiesen, daß die beiden ihre kommunistische Gesinnung noch immer nicht geändert hätten. Beweis: die Feststellung, daß sie den „Vorwärts" nach wie vor bezögen. Es ist bezeichnend, wie man von Holland aus in dem Betriebe der Deutschen Reichspost so gut Bescheid weiß.

Ein anderer Fall betrifft zwei Mitglieder der SPD. und der Afa, die auf einer Privatzeche in Arbeit standen. Diese Verwaltung hat sich anscheinend nicht berufen gefühlt, die Rachegelüste der deutschen Arbeitgeber zu befriedigen. Darum mußte eine andere Instanz mobil gemacht werden. Am 15. Dezember d. J. wurde den beiden Genossen von der Gendarmerie der Grenzpaß entzogen ohne jede Motivierung. Es wurde ihnen bestätigt, daß die Pässe durchaus in Ordnung waren. Die Werksdirektion hat den beiden erklärt, sie wolle von einer Entlassung nichts wissen und lege Wert auf die Feststellung, daß die Paßentziehung erfolgt sei, weil die beiden Genossen von der deutschen Behörde als Kommunisten denunziert worden seien. Von welcher speziellen Instanz aus dies geschehen sei, konnte leider nicht mitgeteilt werden."

Das Schreiben besagt zum Schlusse:

„Das Los der Ausgesperrten (zurzeit noch 42 Mann) ist schon elend genug. Eine besondere Verschärfung seitens der niederländischen Behörden könnte gut entbehrt werden."

Uns scheint, daß hier weniger die niederländische Regierung schuld ist als die Rachsucht des deutschen Unternehmertums, das die Ausgesperrten mit ihren Denunziationen über die Grenze verfolgt. Allerdings sollten sich die holländischen Behörden für zu schade halten, um auf niedrige Denunziationen hin mit derartigen Maßnahmen gegen friedliche Angestellte vorzugehen.

Die Wahlen zur Angestellten-Versicherung

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine Versammlung, die, vom Afa-Bund einberufen, gestern in den Germaniasälen tagte. Als Referenten sprachen die Reichstagsabgeordneten Aufhäuser und Giebel.

Aufhäuser wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß sich bei diesen Wahlen zwei Gruppen gegenüberstehen:

die freien Angestelltenverbände,

die im Afa-Bund organisiert sind und alle anderen Verbände, unter denen sich auch der GdA. befindet. Es sei eigentlich recht erfreulich, daß hierdurch volle Klarheit für den Wahlkampf geschaffen worden sei. Die Gegner des Afa-Bundes vertreten den Standpunkt, daß die Angestelltenversicherung als eine besondere bestehen bleiben müsse, ein Verlangen, für das auch die kapitalistischen Unternehmer ein volles Verständnis bekunden, während der Afa-Bund für eine vereinheitlichte und damit verbilligte und verbesserte Sozialversicherung eintritt. Der kapitalistischen Entwicklung ist damit gedient, angesichts der zunehmenden Proletarisierung sich die Herrschaft durch möglichste

Trennung der Arbeitergruppen

zu erhalten und so erklärt sich auch die kapitalistische Vorliebe für die Sonderversicherung der Angestellten. Die Gegner sprechen davon, die Angestellten dürften nicht unter die große soziale Dampfwalze kommen, sie helfen aber dem Kapitalismus, die Angestellten unter seine Dampfwalze zu bringen. Wie in der Angestelltenversicherung gewirtschaftet wird, sprechen folgende Zahlen aus:

Für Renten wurden im Jahre 1920 ausgegeben 1 348 000 M., für Beitragserstattungen 6 582 000, für Heilverfahren 44 924 000 M., dagegen allein für

Verwaltungskosten 56 122 000 Mark.

Und dabei wird in Aussicht gestellt, daß die Verwaltungskosten sich weiter auf 20 Proz., also auf den fünften Teil der Versicherungsbeiträge steigern werden. Am Schluß forderte der Redner unter lebhaftem Beifall zur regen Beteiligung bei den Wahlen auf.

Hierauf sprach Genosse Giebel, der die Ausführungen des Vorredners wesentlich ergänzte. Er wandte sich insbesondere gegen die unwahren Behauptungen in den Flugblättern und der gegnerischen Presse, die er auf ihren wahren Wert zurückführte. Wenn von den deutschnationalen Verbänden die gering bezahlten Handlungsgehilfen damit verhöhnt werden, daß ihnen vorgeworfen wird, sie müßten sich das Gehalt vorschreiben lassen, so sei das bezeichnend, denn man gehe nicht fehl in der Annahme, daß heute etwa 85 Proz. der Gehilfen weniger erhalten, als zur Aufrechterhaltung einer dürftigen Existenz notwendig ist. Und das wäre die große Zahl der Kollegen, um die sich unsere Gegner nicht kümmern wollen. Leider gebe es unter den Angestellten noch viele, die bei dem Wort Proletarier eine gelinde Gänsehaut bekommen und auch über das Wort Streik noch erschrecken. Die Behauptung der Gegner, daß wir durch die Vereinheitlichung der Sozialversicherungen

die Proletarisierung der Angestellten

betreiben wollen, ist also ein Unsinn, denn diese Versicherungen sind erst infolge der Proletarisierung der Angestellten entstanden. Und die Vereinheitlichung ist, wie die Mißerfolge der Angestelltenversicherung deutlich genug zeigen, eine Notwendigkeit geworden, um eine bessere Leistungsfähigkeit zugunsten der Versicherten herbeizuführen, was bei der unzweckmäßig aufgezogenen Sonderversicherung der Angestellten nicht erreicht werden kann.

An der Hand vorliegender Bücher und Verdrehungskünste wies der Redner nach, wie gegen die freien Verbände der Angestellten Stimmung zu machen versucht wird. Gerade aus nationalen Gründen müssen alle arbeitenden Kräfte in

eine gemeinsame Versicherung

gebracht werden. Alle bedürfen der gleichen Fürsorge. Es muß jedem zum Bewußtsein gebracht werden, daß er eine Torheit begehen würde, wenn er gegen die

Liste des Afa-Bundes

stimmen wollte. Ehrensache eines jeden Angestellten muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß der Wahltag zu einem wahren Siegestag für den Afa-Bund und damit für alle Angestellten wird. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall.

Der Vorsitzende, Flatau, konstatierte die völlige Uebereinstimmung mit den Darlegungen der Referenten und schloß die Versammlung mit der Aufforderung an die Kollegen, alles aufzubieten, um den erwünschten Sieg zu erringen. Darum:

Wählt alle: „Liste Afa-Bund"!

Inventurausverkauf.

Es zeigt sich jetzt, wie berechtigt die Warnungen der Presse vor einer Anteilnahme an der wilden Warenhamsterei in den Monaten Oktober und November gewesen sind. Unmittelbar nach Weihnachten haben auf der ganzen Linie stärker denn je umfangreiche Inventurausverkäufe eingesetzt, und man fragt sich mit Recht, woher denn jetzt plötzlich dieser Warenüberfluß kommt, nachdem noch vor wenigen Wochen Detaillisten wie Fabrikanten sich in Schilderungen der großen Warenknappheit überboten.

Besonders auffallend ist die betriebsame Reklame, mit der verschiedene Zweige des Bekleidungsgewerbes jetzt ihre offenbar recht großen Warenbestände an den Mann zu bringen suchen. Es handelt sich hierbei nicht nur um Dinge, die einer rasch wechselnden Mode unterworfen sind und die deshalb möglichst schnell untergebracht werden sollen, sondern häufig werden Wäsche, Schuhe, Kleiderstoffe usw. zu angeblich ermäßigten Preisen angeboten, die man sehr wohl in diesem wie im kommenden Jahr tragen kann, ohne mit der Mode in Konflikt zu kommen. Die derzeitige Lage Deutschlands ist überhaupt nicht danach angetan, daß auf die Mode allzu große Rücksicht genommen werden muß. Solange noch Hunderttausende deutscher Kinder unzureichend bekleidet in der Winterkälte herumlaufen, sollte man dem von einer dünnen Oberschicht getriebenen Kleiderluxus energisch entgegentreten. Denn gerade die Angehörigen jener Kreise, die das Geld im vergangenen Jahre tatsächlich spielend und schiebend verdient haben, waren neben den ausländischen Valutarittern die Regisseure der Verteuerung aller wichtigen Gebrauchsgegenstände im letzten Quartal 1921.

Sehr viel haben zur Verteuerung die stark gefärbten Interessentenberichte über Verminderung der Vorräte und Knappheit an Rohmaterialien in der hinter uns liegenden Hamsterperiode beigetragen. Das Publikum wurde systematisch zu Angstkäufen angepeitscht, das gilt ganz besonders vom Bekleidungsgewerbe. Noch vor wenigen Wochen konnte man überall lesen, daß die Schuhfabriken und die Großkonfektionäre nicht in der Lage seien, den Ansprüchen des Detailhandels zu genügen. Merkwürdigerweise stehen wir jetzt kurz nach Weihnachten vor der Tatsache, daß der Markt gerade mit diesen angeblich so knappen Artikeln überschwemmt wird.

Die Straßenbahntariferhöhung.

Umsteigefahrscheine zwischen Straßenbahn und Hochbahn.

Der Verwaltungsrat der Berliner städtischen Straßenbahn beschäftigte sich gestern abend mit der vom Magistrat vorgeschlagenen Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises. Er stimmte der Erhöhung zu und setzte die Tarifsteigerung für die Vorortstraßenbahnen, sowie die neuen Preise für die Monatskarten, Schülerkarten usw. im einzelnen fest. Von der Beschlußfassung der Stadtverordneten wird es abhängen, wann die Tariferhöhung auf der Straßenbahn in Kraft tritt. Kommt es bereits am Dienstag, den 17. d. M., zum Beschluß, soll die Tariferhöhung am zweiten Tage darauf, am 19. Januar, Geltung erlangen. Da aber die Deckungsvorlage an den ständigen Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung zur Vorberatung überwiesen werden soll, ist auch dieser Zeitpunkt noch unbestimmt.

Wie Stadtbaurat Dr. Adler in der Verwaltungsratssitzung mitteilte, ist es nach monatelangen Verhandlungen zwischen Hochbahngesellschaft und Straßenbahn gelungen, einen Abrechnungsmodus zwischen den beiden Verkehrsunternehmen zu finden, der die langerstrebte Einführung von Umsteigefahrscheinen von Straßenbahn zur Hochbahn und umgekehrt ermöglicht. Etwa eine Woche nach Einführung des 2-Mark-Tarifes soll mit dem Umsteigeverkehr begonnen werden. Zu diesem Zwecke werden besondere Umsteigefahrscheine zu 3 Mark zur Ausgabe gelangen, die einen Uebergang zur Hoch- und Untergrundbahn auf allen Bahnhöfen dieses Verkehrsmittels und nach beliebigen Richtungen hin und von der Hoch- und Untergrundbahn zu allen Straßenbahnlinien ermöglichen. Eine Beschränkung der anschließenden Hochbahnfahrt auf 5 Stationen vom Uebergangsbahnhof ab kommt nicht in Frage, der Umsteigefahrschein berechtigt vielmehr zu einer Fahrt von beliebiger Länge auf dem gesamten Liniennetz der Hoch- und Untergrundbahngesellschaft. Selbstverständlich kommt nur ein Uebergang zur dritten Wagenklasse der Hochbahn in Frage. Benutzung der zweiten Wagenklasse erfordert die Nachzahlung der entsprechenden Fahrpreisdifferenz. Die Ausgabe besonderer Umsteigefahrscheine ist einstweilen nur für die Dauer von 2—3 Monaten geplant, um auf diese Weise Feststellungen über die Zahl der von der Straßenbahn zur Hochbahn und umgekehrt umsteigenden Fahrgäste zu treffen. Für später ist die Schaffung eines einheitlichen Umsteigefahrscheines vorgesehen, der sowohl den Uebergang von Straßenbahnlinien zu Straßenbahnlinien wie zur Hochbahn und eventuell auch zu den Autobuslinien gestattet. Zu diesen Plänen wird auch die Stadtverordnetenversammlung sich noch zu äußern haben.

Ja, in Dessau!

Das Dessauer Stadtparlament hat in seiner ersten Gemeinderatssitzung den Sozialdemokraten, Genossen Lippmann zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt, und zwar mit 21 Stimmen sämtlicher sozialistischer Parteien sowie der Deutschdemokraten gegen 14 Stimmen der übrigen bürgerlichen Parteien. Vor der Wahl hatten die Reaktionäre versucht, einen einheitlichen Bürgerblock zustande zu bringen. Um die Demokraten hierfür zu ködern, hatten sie sogar dem Führer der Deutschdemokratischen Partei, Herrn Dr. Rausch, den Posten des Stadtverordnetenvorstehers angeboten. Herr Dr. Rausch erklärte jedoch: Er und seine Partei hielten an dem Grundsatz fest, daß der stärksten Partei der Vorsitz gebühre, deshalb lehne er eine Wahl ab und werde für den Sozialdemokraten als den Vertreter der stärksten Fraktion stimmen.

Dieser Grundsatz gilt aber offenbar nur für die Deutschdemokraten in Dessau. Bis nach Berlin ist er noch nicht vorgedrungen.

Noch keine Spur des Buchholzer Mörders.

Zu dem Mord in Buchholz wird mitgeteilt, daß der Mörder immer noch unbekannt ist. Er ist, wie wir schon sagten, ohne Zweifel in dem engsten Kreise der Bekannten des Ermordeten zu suchen. Eine besondere Mannschaft der Kriminalpolizei ist aufgeboten worden, um diesen Kreis vollständig zu erforschen. Bis heute morgen hat sie jedoch einen bestimmten Anhalt noch nicht gefunden. Sie setzt ihre Ermittlungen heute fort. Am Tatort erschien gestern nachmittag auch ein Vertreter der Staatsanwaltschaft. Die Besichtigung der Kopfverletzungen und des Beitzeuges, an dem der Mörder das blutige Werkzeug wiederholt abgewischt hat, führte zu der Annahme, daß er höchstwahrscheinlich ein dolchartiges Messer benutzt hat. An den Anschlagsäulen erscheint heute eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, in der eine Belohnung von 5000 M. ausgeschrieben wird.

Wem gehört das Kind? Einen eigenartigen Dank erntete gestern in der Neuen Friedrichstraße eine Frau für die Betätigung ihres Mitgefühls. Bei ihr erschien ein junges Mädchen, das einen etwa 9 Wochen alten Knaben auf den Armen trug, und sprach sie um eine milde Gabe an. Die Frau ließ sie eintreten, setzte ihr Kaffee vor und gab ihr dann Geld, damit sie sich dazu auch Schrippen hole. Das Mädchen kehrte aber nicht zurück, ließ vielmehr den kleinen Knaben im Stich. Der gutherzigen Frau blieb nichts anderes übrig, als das Kind durch die Polizei nach dem Waisenhause bringen zu lassen.

In ein tropisches Meeresbecken ist der Behälter 2 der Seewasserabteilung des Berliner Aquariums durch Anbringung einer Heizung umgewandelt worden. Das Becken wird von einer prächtigen, großen, echten Karettschildkröte, einem kleinen Trupp junger, auf grauem Grunde schwarzgefleckter Argusfische und von zwei von der Firma Carl Hagenbeck in Stellingen bei Hamburg hier eingestellten Diamant-Schildkröten bevölkert.

Die Jugendweihe in Oberschöneweide findet im März d. J. statt. Anmeldungen sind bis zum 15. d. M. an nachstehende Stellen in Oberschöneweide zu richten: Verkaufsstelle Konsumverein, Mathildestraße, Verkaufsstelle Konsumverein, Edisonstraße, Zigarrengeschäft Alfred Reden, Wilhelmstr. 17, Zigarrengeschäft Gurk, Wilhelmstr. 45, Laden Schneidermeister Wedel, Wilhelmstr. 2, Blutenzentrale Gronau, Wilhelmstraße.

Starke Schneefälle im Schwarzwald. Infolge der starken Niederschläge der letzten Tage führen die Wasserläufe des Schwarzwaldes große Wassermengen zu Tal. Seit drei Tagen gehen riesige Schneemengen nieder. Der Feldberg meldet eine Schneehöhe von über 30 Zentimetern. Die Temperatur ist im Sinken begriffen; heute morgen verzeichnete das Thermometer 15 Grad unter Null.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas kälter; zeitweise heiter bei größtenteils schwachen, veränderlichen Winden. Später langsame Erwärmung. Trübung und leichte Schneefälle.

Gewerkschaftsbewegung

Krisenstimmung im städtischen Asyl.

Im städtischen Asyl in der Fröbelstraße besteht seit längerer Zeit eine „Arbeitsgemeinschaft“, die von Mitgliedern des Beamtenausschusses und des Betriebsrates zu dem Zwecke begründet worden ist, die gemeinsamen Interessen des Personals, eingerechnet der Schwestern und Pflegerinnen, gemeinsam wahrzunehmen. Am Mittwoch fand eine Versammlung des Personals in den Schulräumen des Asyls statt, in der Dr. Löwenstein und der Vorsitzende des Betriebsrates Gottberg berichteten, daß nach einem amtlichen Schreiben des Oberinspektors der Arbeitsgemeinschaft die Anerkennung versagt werde. Man berufe sich auf eine Verfügung des Magistrats vom 29. September v. J., welche die Anerkennung versagt, weil das städtische Obdach nicht als ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken im Sinne des § 66 des BRG. angesehen werden könne. Deshalb falle die „Arbeitsgemeinschaft“ als solche in sich zusammen, denn sie hatte ihren Aufgabenkreis nur in gemeinsamen Angelegenheiten, die sowohl den Betriebsrat als auch die Beamtenvertretung berührten, die jede für sich nur die wirtschaftlichen Interessen ihrer Wähler zu vertreten hätten.

Von den Rednern wurde hierzu hervorgehoben, daß bei und nach der Begründung der „Arbeitsgemeinschaft“ von keiner amtlichen Seite ein Einwand erfolgt sei und daß diese erfolgreich für das Personal, Pflegerinnen, Schwestern, Beamten und Arbeiter gewirkt habe. Eine gesetzliche Handhabe zur Auflösung der Arbeitsgemeinschaft müsse bestritten werden. Ein Antrag, der das weitere Bestehen der Arbeitsgemeinschaft verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 74 BRG. Richtlinien für Massenentlassungen. Der Schlichtungsausschuß Düsseldorf hat in seiner Sitzung vom 25. Juli 1921 folgende prinzipielle Begründung eines Schiedsspruches gegeben:

„Zur Vorbereitung eines planmäßigen Abbaues ist es unumgänglich, daß die Stadtverwaltung den Betriebsräten mitteilt, bei welchen Dienststellen Einzelstellen in Wegfall kommen sollen und welche. Andernfalls ist ein Ueberblick über den Umfang und die Art des Abbaues nicht möglich. Ueber die Frage, welche Stellen entbehrlich sind, hat jedoch keine Verhandlung zwischen Stadtverwaltung und Betriebsrat stattzufinden, da es sich hierbei um eine die Organisation der städtischen Behörde betreffende Maßnahme handelt, nicht unmittelbar um Art und Umfang der erforderlichen Entlassungen und Vermeidung von Härten.

Nachdem diese Grundlage des beabsichtigten Abbaues geschaffen ist, ist es weiter zur Ausführung der Vereinbarung vom 2. März 1921 notwendig, daß die Stadt, wie schon bisher, Listen derjenigen Personen einreicht, die sie zu entlassen beabsichtigt. Daß diese Personen nicht aus denselben Dienststellen entnommen werden müssen, bei denen Stellen eingehen, sondern daß die Stadt sie aus der Gesamtzahl der Angestellten entnehmen kann, bedarf keiner besonderen Erörterung. Zu diesen Listen muß sich sodann der Betriebsrat äußern. Es ist selbstverständlich, daß ihm dazu eine angemessene Frist, je nach Umfang der Liste, gegeben werden muß. Um sich äußern zu können, muß er sich über die persönlichen Verhältnisse der zu Entlassenden unterrichten. Die Stadt kann jedoch nicht verpflichtet werden, diese Kenntnis in gemischten Sitzungen durch Vernehmung der Beteiligten zu beschaffen, vielmehr ist es allgemein üblich, daß die Betriebsräte das selbst tun. Die zu Entlassenden haben ja auch selbst ein Interesse daran, den Betriebsrat über ihre Verhältnisse zu unterrichten.

Nachdem auf diese Weise der Betriebsrat Gelegenheit gehabt hat, sich zu den beabsichtigten Entlassungen zu äußern und auf die Vermeidung etwaiger Härten hinzuwirken, regelt sich das weitere Verfahren ohne weiteres nach § 86 BRG.“

Deutsche Filmgewerkschaft. Sonntag vormittag 10 Uhr in den Kommandantenfestsälen, Kommandantenstr. 62, Generalversammlung.

Theater der Woche.

Vom 8. bis 15. Januar.

Volksbühne: 8., 11., 13. Der fahrende Schüler bannt den Teufel. Der gestiefelte Kater. 9. u. 12. König Lear. 10. u. 15. Masse Mensch. 14. Der Bauer als Millionär. — **Opernhaus:** 8., 14. Der fliegende Holländer. 9. Othello. 10. Mignon. 11. Madame Butterfly. 12. Aida. 13. u. 16. Zauberflöte. 15. Die Jüdin. — **Schauspielhaus:** 8., 10., 12., 14. u. 15. Lumpazivagabundus. 9., 11. u. 16. Peer Gynt. 13. Othello. — **Deutsches Theater:** 8., 9., 11., 12., 14. u. 15. Ein Traumspiel. 10. u. 13. Louis Ferdinand. — **Kammerspiele:** Anatol. — **Lessing-Theater:** Die rote Robe. Am 11. Wenn wir Toten erwachen. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Fahrt ins Blaue. — **Deutsches Opernhaus:** 8., 12. u. 15. Der fliegende Holländer. 9. Don Juan. 10. Der Freischütz. 11. Oberon. 13. Rigoletto. 14. Die Bohème. — **Schiller-Theater:** 8., 10., 12. u. 14. Im weißen Rößl. 9., 11., 13. u. 15. Ein Wintermärchen. — **Großes Schauspielhaus:** Orpheus in der Unterwelt. — **Neues Volks-Theater:** 8. bis 10. u. 12. Der zerbrochene Krug. Die Gezierten. 13. bis 15. Heuchler. — **Die Tribüne:** Die fremde Frau. — **Deutsches Künstler-Theater:** 8., 10., 13. u. 15. Brüder Karamasow. 9. u. 12. Der Kirschgarten. 11. u. 14. Nachtasyl. — **Komödienhaus:** Karussell. — **Berliner Theater:** Prinzessin Olala. — **Kleines Schauspielhaus:** 8., 9., 13. bis 15. Die Mütter. 10. bis 12. Geschlossen. — **Trianon-Theater:** Olga. — **Residenz-Theater:** Das weite Land. — **Zentral-Theater:** Das Detektivmädel. — **Theater in der Kommandantenstraße** (Jüdisches Künstler-Theater): 10., 12., 14. u. 15. Der Dorfjunge. 11. Dybuk. 13. u. 16. Jankel, der Schmied. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** Der Frauenräuber. — **Komische Oper:** Der Herr der Welt. — **Lustspielhaus:** Werwolf. — **Metropol-Theater:** Die Straßensängerin. — **Neues Operetten-Theater:** Die Königin der Nacht. — **Thalia-Theater:** Die Herren von und zu. — **Theater am Nollendorfplatz:** Die Ehe im Kreise. — **Theater des Westens:** Die Braut des Lucullus. — **Kleines Theater:** Jaqueline. — **Wallner-Theater:** Die Teilchenkönigin. — **Walhalla-Theater:** 8. u. 10. Jung muß man sein. 11. bis 15. Mondscheindame. — **Theater des Ostens** (Rose-Theater): Verlorenes Glück (Spreeathener). — **Kasino-Theater:** Der Weg zum Glück. — **Neues Theater am Zoo:** Annette. — **Schloßpark-Theater.** Kleines Haus: 8. Das Konzert. 9., 11. u. 13. Paria. Scheiterhaufen. 10., 12. u. 14. Das Extemporale. 15. Hans Huckebein. Großes Haus: 8. u. 9. Der heilige Ambrosius. 10. u. 12. Die Mutter. — **Folies Caprice:** Pension Liebeslaube. Lilys Seitensprünge. Die Mutter. — **Folies Caprice:** Pension Liebeslaube. Lilys Seitensprünge. Die unval. 10. Die roten Schuhe. 12. Abrakadabra. — **Intimes Theater:** 8. bis 12. Die Spelunke. Lauf doch nicht immer nackt herum. Ab 13. Ein grausiges Experiment. Gustave es blitzt. Die badende Nymphe. — **Theater am Kurfürstendamm:** Der Schwan. — **Schauspielhaus Potsdam:** 8. u. 11. Ein Walzertraum. 9., 10. u. 14. Geschlossene Vorstellung: Der Strom. 12. Maria Stuart. 13. Zwangseinquartierung. 15. Die Postmeisterin.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 8. u. 15. Der Bauer als Millionär. — **Deutsches Theater:** 8. Frühlings Erwachen. 15. Der Weibsteufel. — **Kammerspiele:** 8. Ostern. 15. Frühlings Erwachen. — **Lessing-Theater:** 8. u. 15. Die Marquise von Arcis. — **Deutsches Opernhaus:** 8. 11 Uhr: 6. Sinfonie-Konzert; 2½ Uhr: Der Waffenschmied. 15. Die verkaufte Braut. — **Schiller-Theater:** 8. u. 15. Don Carlos. 11. Minna von Barnhelm. 14. Prinz Friedrich von Homburg. — **Neues Volks-Theater:** 8. Der zerbrochene Krug. Die Gezierten. 15. Jugendfreunde. — **Die Tribüne:** 8. u. 15. Totentanz. — **Deutsches Künstler-Theater:** 8. u. 15. Flamme. — **Kleines Schauspielhaus:** 8. Kindertragödie. — **Trianon-Theater:** 8. Mein Freund Teddy. — **Residenz-Theater:** 8. Casanovas Sohn. — **Zentral-Theater:** 8. Desdemona. — **Lustspielhaus:** 8. u. 15. Nachtasyl. — **Theater des Westens:** 8. u. 15. Der ersten Liebe goldene Zeit. 11. u. 14. Hänsel und Gretel. — **Kleines Theater:** 8. Der Dieb. — **Walhalla-Theater:** 15. Scheidungsreise. — **Theater des Ostens** (Rose-Theater): 8., 14. u. 15. Rotkäppchen. — **Kasino-Theater:** 8. Onkel Sammy. — **Neues Theater am Zoo:** 11. u. 14. Iphigenie. 15. Metanoeiten. — **Schloßpark-Theater Steglitz.** Kleines Haus: 8. Extemporale. 15. Raub der Sabinerinnen. Großes Haus: 8. u. 15. Der gestiefelte Kater. — **Admiralspalast:** 15. Abrakadabra. — **Intimes Theater:** 8. Eine Liebesnacht usw. — **Theater am Kurfürstendamm:** 8. u. 15. Bunbury. — **Schauspielhaus Potsdam:** 8. Peters Bilderbuch.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Sonntag, den 8. Januar:

48. Abt. Früh 9 Uhr: Handzettelverbreitung bei Wichnowski, Prinzenstr. 110.

Gruppe Nordbahn. Gruppenversammlung fällt wegen Stadtverordneten-Wahl in Oranienburg aus. Freiwillige Helfer melden sich beim Genossen Glaser, Oranienburg, Bernauer Straße 2. Genosse Kreuziger spricht am 14. Januar in Glienicke.

*

Oberschöneweide. Einen Kammermusikabend (mit Gesangsvorträgen) ausgeführt vom Steiner-Rothstein-Quartett, veranstaltet der Bezirk 15 am Montag, den 8. Januar, abends 7½ Uhr im Realgymnasium Oberschöneweide.

Aus der Partei.

Eine alte Kämpferin ist dieser Tage in der Person der Genossin Anna Ramm-Altona gestorben. Schon unter dem Sozialistengesetz war sie dabei, wenn es galt, der Behörde ein Schnippchen zu schlagen und dem Volke einen Dienst zu erweisen. So blieb es auch später. Die bitterste Not und die größten Sorgen konnten die Tapfere nicht von der Erfüllung ihrer Pflicht für die Partei abhalten. Noch im letzten Jahre versäumte die Zweiundsiebzigjährige keine Versammlung. Jetzt hat man sie zu Grabe getragen, aber als leuchtendes Vorbild wird sie noch lange im Andenken aller jener bleiben, für die sie fast 50 Jahre so erfolgreich gewirkt hat.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

„Welt und Wissen“ bringt die Wissenschaft der ganzen Welt für nur 2.– Mark monatlich

Jedes Heft, reich illustriert, mit Umschlag 36 Seiten stark, bringt 12–20 Artikel von ersten Fachleuten, z. B. Die Geschwindigkeit der Gedanken — Der Wille und dessen Gym... völker — Das Kleintierleben — Hypnotismus und Suggestion — Wie man das Ameisenleben beobachtet — Der Mensch vor 100 000 Jahren — Das Leben unter Wasser — Ist der Weltenraum ... — Sind Gedanken übertragbar? — Das ... phonie — Die Eiszeit in Norddeutschland — Künstliche Nahrungsmittel — Sitten und Gebräuche ... Um zu ermöglichen, daß ... Mühe ...

Bestellschein für alle Leser des „Vorwärts“
An die Exped. von „Welt und Wissen“ ... Ich abonniere ...

Inventur-Verkauf

Der kolossale Andrang beweist, was wir bieten:

In 16 Auslagen und 25 Spezialabteilungen

zeigen wir Ihnen Qualitätswaren

zu enorm herabgesetzten billigen Inventurpreisen.

SCHNELLER EINKAUF UNBEDINGT LOHNEND!

Lindemann & Co

MENGENABGABE VORBEHALTEN
KEIN UMTAUSCH • KEINE ZUSENDUNG
NUR SOWEIT VORRAT

Berlin-Schöneberg — Hauptstraße 149

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Ausw. Bill. Preise.
Edmund Voß, Bln-Neukölln
Berliner St. 14, Nähe Hermannplatz — Tel.: Neukölln 2264
Reparatur. sämtl. Korbwaren

Zahn-Atelier f. modernen Zahnersatz
H. Knapp vorm. Fenker
Sprechstunden 9–1, 3–6, Sonntags 10–12
Kottbuser Damm 70/71. Telephon: Mpl. 7827

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
von JULIUS BRUHNS
herausgegeben zum 70. Geburtstage Hermann Molkenbuhrs
Selbsterlebte Geschichten aus der Sturm- und Drangzeit der Partei
PREIS 14.– MARK elegant gebunden
Buchh. Vorwärts
BERLIN SW 68
Lindenstr. 3

Auf Teilzahlung
sehr preiswert
große Auswahl moderner
Anzüge
Schlüpfer
Ulster
Paletots
Cutaways
gestr. Hosen
Damen-Mäntel
Kostüme
Kleider
Röcke
H. Tyra & Co.
Seußelstraße 10
Bequeme Abzahlung

Adams Inventur-Verkauf

beginnt am Montag, den 9. Januar, daher versäumen Sie nicht, die günstige Gelegenheit wahrzunehmen.

Einige Beispiele:

Tüll-Künstl.-Garnitur. 2 Flügel, 1 Behang	75.00	Divandecken Reine Garnware	145.00
Erbstüll-Stores reich mit Bändchen-Arbeit	69.50	Madras-Garnituren 2 Flügel, 1 Behang mit Franse	195.00
Tüll-Bettdecken mit Volant über 2 Betten	139.50	Bouclé-Vorlagen	18.50
Gardinen, Stückware Meter von	7.50 an	Inlett 80 cm breit, Meter	29.50

1 Posten Künstler-Garnituren 2 Flügel, 1 Behang mit Volant, Wert 275.– M., durchweg 125.00

Adams Gardinen- u. Teppich-Haus
Frankfurter Allee 56, zwisch. Kreutziger- u. Mainzerstr.

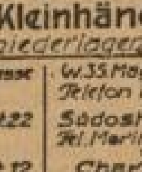
Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, sämtl. Metallbruch kauft zu höchsten Preisen
Metallbörse Sawallisch
Putbuser Str. 38.

Zinn, Blei
Lagermetall
und sämtliche Altmetalle kauft
Metallschmelzwerk
Waldemarstraße 74.
Telephon Moritzpl. 9955

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Gehlaar,
SO, Waldemarstraße 61.

Brillanten Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
große Werte!
Nur das reelle Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.
Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105.
9 bis 7 Uhr. Gegründet 1885.

Poliklinik f. unentgeltliche Beratung
für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden, frische u. besonders veraltete, etc., nervöse Störungen, Manneschwäche, Haarausfall usw. jeden Dienstag u. Donnerstag 11–1. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 117, Rathenower Str. 73, am Kriminalgericht. Belehrende Broschüre völlig diskret gegen 2 M. Leiden angeben.

ZIGARETTEN

DER ÖSTERREICH. TABAKREGIE
sind für die Gross- u. Kleinhändler erhältlich bei den Fabrikniederlagen in Berlin
Am Bahnhof Friedrichstrasse Schiffbauerdamm 8
W. 35 Magdeburgerstr. 14 Telefon Kurfürst. 3140
O. 27 Lichtenbergerstr. 22 Telefon Kö. 3361
Südost 16, Engelufer 5 Tel. Moritzplatz 3014/12730
S.O. 16 Michaelkirchst. 12 Telefon Moritzpl. 2524
Charlottenburg Bismarckst. 62 Wilh. 1607